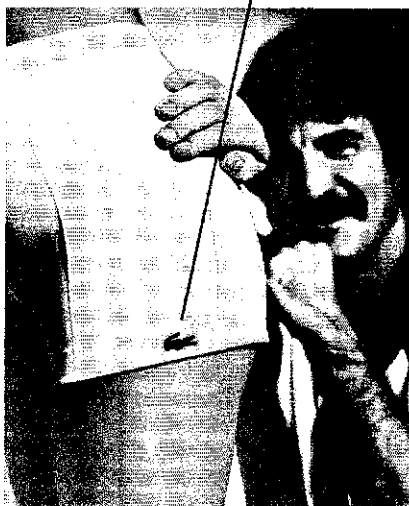


...GESTATTEN »LACOSTE«



„Für mich sind
die schönsten
Plätze der Welt
gerade
gut genug.“

Denn ich achte stets auf beste
Qualität. Deshalb sagt man
Tennis- und Freizeitkleidung mit
meinem Zeichen sportliche Haltbarkeit,
erstklassigen Sitz, Formbeständigkeit,
Hautsympathie und die natürliche
Weichheit und Schönheit hundert-
prozentig reiner Baumwolle nach.
Mit mir sind Sie stets in guter
Gesellschaft. Und Sie finden mich
nicht nur auf den schönsten
Plätzen, sondern auch in den besten
Geschäften.“

Senden Sie mir kostenlos
den Farbprospekt und weitere
Informationen über die Qualität und
die Kollektion von Lacoste.
YELLO SPORT GmbH, Abt. LACOSTE,
Vitalisstraße 12, 5000 Köln 30.

NORD-SÜD-KONFLIKT

Fataler Ruf

**Außenminister Genscher will die fest-
gefahrenen Verhandlungen zwischen
Industrie- und Entwicklungsländern in
Gang setzen — mit einer radikalen
Änderung der Bonner Haltung.**

Hinter dem Rücken des Bundeskanz-
lers bereitet Vizekanzler Hans-
Dietrich Genscher einen drastischen
außenpolitischen Schwenk vor. Dabei
will der Liberale bisher geheiligte Prin-
zipien der freien Marktwirtschaft op-
fern, um das ramponierte Ansehen der
Bundesrepublik in der Dritten Welt auf-
zubessern.

Monatelang arbeiteten Genschers Po-
litplaner im Auswärtigen Amt an
einem neuen Konzept für die festgefahr-
ten Verhandlungen zwischen Ent-
wicklungs- und Industrieländern über
die künftige Rohstoffpolitik. Nicht zu-
letzt der unnachgiebigen Bonner Hal-
tung ist es zuzuschreiben, daß sich die
Reichen und die Armen der Welt seit
über zwei Jahren an den internationa-
len Konferenztischen unversöhnlich ge-
genübersitzen.

Inspiziert von der erfolgreichen Er-
pressung der im Opec-Kartell zusam-
mengeschlössenen Erdöl-Produzenten,
fordern die Entwicklungsländer seit
langem eine Neue Weltwirtschaftsord-
nung. Kernpunkt: Die Industrieländer
sollten sich verpflichten, über höhere
Rohstoffpreise einen Teil ihres Reich-
tums an die ärmeren Länder abfließen
zu lassen.

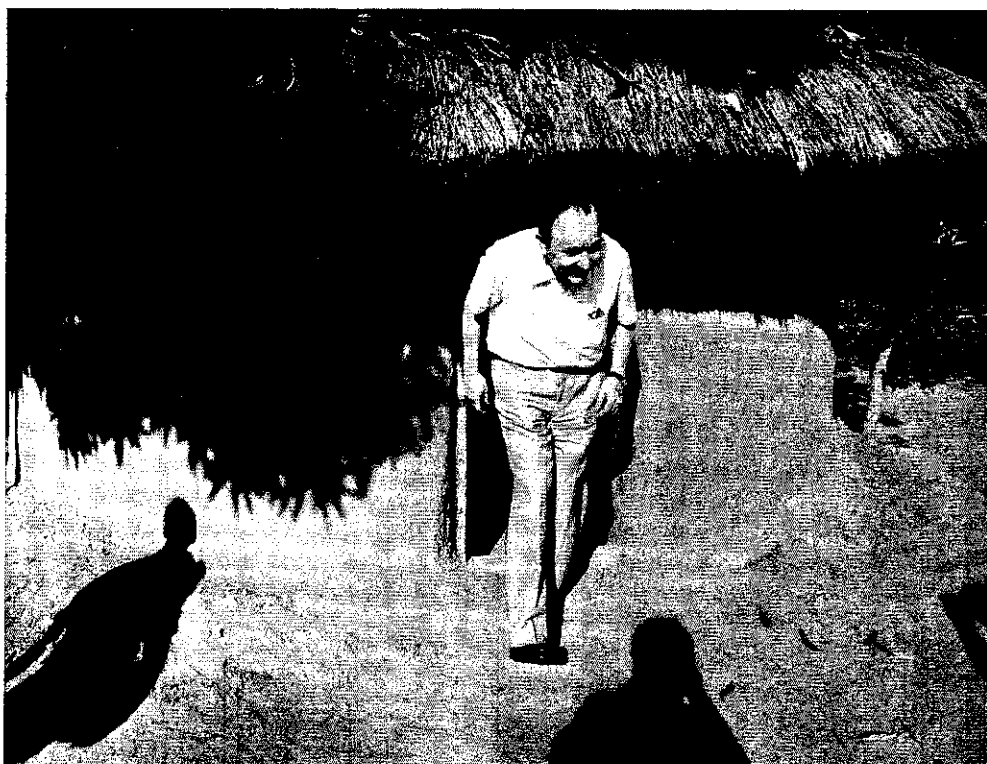
Stärkster Widerstand gegen dieses
Ansinnen kam aus der Bundesrepublik.
Die regierenden Sozial- und Freidem-
okraten begründeten ihren Starrsinn
überwiegend ideologisch. Neben Autos
und Werkzeugmaschinen, Kernkraft-
werken und chemischen Anlagen woll-
te die Export-Nation ihre Kunden auch
mit volkswirtschaftlicher Theorie be-
glücken: Das freie Spiel der Kräfte
dürfe nicht ausgeschaltet, der interna-
tionale Wettbewerb nicht durch will-
kürliche Rohstoffpreise außer Kraft
gesetzt werden.

Deutsche, wie kaum eine andere Na-
tion von Rohstoff-Einfuhren abhängig,
fanden es ganz vorteilhaft, auf dem
Weltmarkt die verschiedenen Produ-
zenten von Kautschuk, Kupfer, Jute,
Kaffee und Tee gegeneinander ausspie-
len und dabei die Preise drücken zu
können.

So zäh verteidigten die Soziallibera-
len die Dogmen der freien Wirtschaft,
daß sie lieber zwei internationale Ver-
handlungen — die Welthandelskonfe-
renz Unctad 1976 in Nairobi und 1977
in Genf — platzen ließen, als auch nur
einen Fußbreit Boden aufzugeben.

Während das AA intern schon seit
langem für mehr Nachgiebigkeit plä-
dierte, hatte sich in den vergangenen
Jahren stets die vereinigte Ökonomen-
riege von Bundeskanzler Helmut
Schmidt, Finanzminister Hans Apel
und Wirtschaftsminister Hans Fride-
richs durchsetzen können.

Nun bröckelt die Front. Mit Hans
Matthöfer sitzt im Finanzressort ein
Politiker, der als Parlamentarischer
Staatssekretär im Entwicklungshilfe-
ministerium die Sorgen der Dritten Welt



Afrika-Besucher Genscher: Zwischen Reden und Handeln eine große Lücke

kennenlernte. Und Friderichs-Nachfolger Otto Graf Lambsdorff hat seinem Parteichef bereits angedeutet, daß er über außenpolitische Prioritäten mit sich reden lassen will.

Nun sah Genscher seine Chance. In einer kombinierten Aktion zwischen Partei und Auswärtigem Amt leitete der FDP-Chef den Schwenk ein. Vom Bundeshauptausschuß der Liberalen ließ er sich Mitte März in Frankfurt durch „Thesen zur Dritten-Welt-Politik“ Rückendeckung geben; zugleich formulierte Genschers Chefdenker, Ministerialdirektor Klaus Kinkel, mit seinem Planungsstab „Empfehlungen zur Änderung der deutschen Verhandlungsposition“.

In einem 33seitigen Papier schlugen die AA-Beamten unverhüllt vor, „die bisherige restriktive deutsche Verhandlungslinie“ ad acta zu legen und den Entwicklungsländern ein ganzes Stück entgegenzukommen. Ein integriertes Rohstoffprogramm mit festgelegten Preisen, bislang in Bonn stets als Anfang vom Ende der freien Weltwirtschaft verteufelt, soll nun gar nicht mehr so schlimm sein.

Für jeden wichtigen Rohstoff, so das Ziel der armen Länder, werden Grenzpreise festgesetzt und Ausgleichslager — „Bufferstocks“ — eingerichtet, die von Anbietern und Abnehmern durch eine gemeinsame Kasse finanziert und verwaltet werden. Sinkt der Preis unter das fixierte Limit, werden Rohstoffe aufgekauft und eingelagert; sie werden dann verkauft, wenn geringes Angebot und große Nachfrage den Preis nach oben treiben.

Anders als der Kanzler und die Gralshüter der freien Wirtschaft gewinnen Genschers Leute diesem Vorhaben auch positive Seiten ab. Zwar wäre die Chance dahin, daß deutsche Einkäufer sich bei Baisse preiswert bedienen können — wie etwa beim Kupfer, dessen Preis innerhalb kurzer Zeit an der Londoner Rohstoffbörse von 1450 britischen Pfund je Tonne auf 565 stürzte.

Dafür könnten die Deutschen sich die Garantie einer sicheren Versorgung eintauschen. Maßlose Preiserhöhungen wie beim Erdöl wären vermeidbar, wenn die Produzenten für jede Neu- festsetzung der Preise das Plazet der Verbrauchsländer in den Aufsichtsgremien des gemeinsamen Fonds brauchen.

Zu einer ähnlich kostspieligen Angelegenheit wie die EG mit ihrer Mindestpreis-Garantie für landwirtschaftliche Produkte braucht der internationale Rohstoff-Fonds nicht zu werden. So schreckt die Genscher-Truppe nicht das schlimme Beispiel der EG-Agrarmarktor- dnung, wo die Bundesrepublik unbegrenzt Milliarden nachschießen

BASF Chrom-Klasse:



Die Leistungsspitze im Cassettenmarkt

Die Entwicklung der Chrom-Klasse hat Cassetten konzertreif gemacht. BASF chromdioxid-Cassetten nehmen tonsensibel auf und geben klanggetreu wieder. Die absolute Wahrheit für jedes Instrument.



Mit BASF zu den schönsten Festen der Welt.

Machen Sie mit beim großen BASF-Preis- ausschreiben: 5 Traumreisen für jeweils 2 Personen nach Japan, Brasilien, Texas, Malaysia, oder Ceylon; 2 Stereo- Anlagen und viele weitere attraktive Preise können Sie gewinnen.

Weitere Informationen und Teilnahmescheine erhalten Sie beim Fachhandel oder direkt von der BASF Aktiengesellschaft, Abt. VKW/MI, 6700 Ludwigshafen.

muß, um die Überproduktion von Lebensmitteln zu finanzieren.

Nach dem Vorschlag der in der „Gruppe 77“ zusammengeschlossenen Entwicklungsländer, den gemeinsamen Fonds mit einem Kapital von zwei Milliarden Dollar auszustatten, kämen auf Bonn nur Kosten in Höhe von 300 Millionen Mark zu: 150 Millionen als erste und weitere 150 Millionen einige Jahre später als zweite Kapitalzahlung. Das AA-Papier: „Die Kosten wären tragbar.“

Von einem Einschwenken auf das Verlangen der Dritten Welt versprechen sich die Autoren erhebliche politische Vorteile. Bonn müsse am Erfolg der Rohstoffverhandlungen gelegen sein, „wenn wir ein partnerschaftliches Verhältnis mit den Entwicklungsländern fördern, unsere erklärte Dritte-Welt-Politik glaubwürdig erhalten und uns innerhalb der Gruppe der Industrielländer nicht isolieren wollen“.

Einen Kurswechsel in der deutschen Rohstoff-Politik hält Genscher auch deshalb für dringend geboten, weil er zunehmend um die Glaubwürdigkeit seiner eigenen außenpolitischen Aktivitäten fürchtet. Bei seinen vielen Besuchen in aller Welt preist der AA-Chef stets die Bundesrepublik als uneigennütigen Partner an, der ohne machtpolitische Ambitionen den Entwicklungsländern helfen wolle, ihre Staaten nach eigenen Vorstellungen aufzubauen und zu entwickeln.

Doch stets muß er sich auch mit dem Vorwurf auseinandersetzen, zwischen Reden und Handeln der Deutschen kaffe eine große Lücke. Denn nach Genschers Auffassung sieht die Dritte Welt in dem Rohstoff-Palaver die entscheidende Probe, ob die reichen Länder zu fairer Zusammenarbeit bereit sind. Geht das Vorhaben schief, dann würde dies, so sagen die AA-Planer voraus, „die radikalen Kräfte bestärken, die meinen, die Dritte Welt könne ihre Ziele nur durch Konfrontation durchsetzen“.

Deshalb plädiert der Außenminister dafür, mit Hilfe eines Rohstoff-Programms das Geflecht von Wirtschaftsbeziehungen so fest zu knüpfen, daß es keiner der Partner ohne großen Schaden einseitig wieder lösen kann. „Dies ist eine Voraussetzung“, so resümieren die Ratgeber des AA-Chefs, „für die Stabilität der Weltwirtschaft und unserer politischen Beziehungen zur Dritten Welt.“

Wenn außenpolitische Argumente nicht ziehen, hofft Genscher mit solchen wirtschaftspolitischen Begründungen den Ökonomen im Kanzleramt für seine neue Linie gewinnen zu können.

Ein Planungsstähler im AA: „Wir sind verschrien als die großen Reaktionen. Unser fataler Ruf in der Dritten Welt beeinträchtigt auch die Geschäfte der deutschen Industrie.“

AWACS

Nicht gerade billig

Verteidigungsminister Apel versucht, sich aus der Kaufzusage seines Vorgängers Georg Leber für das umstrittene US-Frühwarnsystem AWACS zu stehlen.

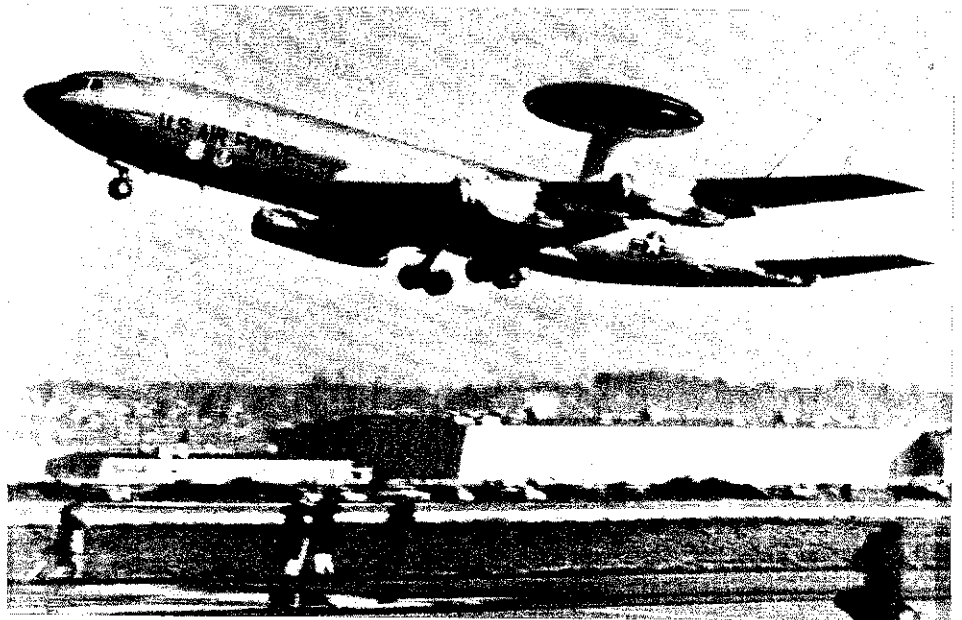
Kaum hatte der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown nach seinem Blitzbesuch Mitte April in Bonn die Rückreise angetreten, da schickte ihm Hans Apel einen langen Brief hinterher.

Detailliert listete der neue Bundeswehrchef noch einmal auf, unter welchen Bedingungen er sich allenfalls für den Kauf des umstrittenen fliegenden amerikanischen Frühwarnsystems

schen sollen nach Pentagon-Vorschlägen mindestens zwei der insgesamt fünf Milliarden Mark betragenden Anschaffungskosten für die AWACS-Flotte tragen.

Das Hin und Her möchte der deutsche Verteidigungsminister in den nächsten Wochen nutzen, um alle noch offenen Fragen über den militärischen Wert, die Finanzierung und die Folgekosten des Milliardenprojekts mit den Abgeordneten des Haushalts- und des Verteidigungsausschusses zu klären. Apel: „Bis zum Nato-Gipfel Ende Mai in Washington sind wir auf keinen Fall soweit.“

Dabei kommt der sich schon in der ersten Beratungsrunde abzeichnende Widerstand der Parlamentarier gegen den Supervogel dem Verteidigungsminister gar nicht ungelegen: Der pfiffige Oberbefehlshaber kann sich auf diese



Streitobjekt Frühwarn-Flugzeug: Hohe Gefährdung durch feindliche Jäger

AWACS (Airborne warning and control system) entschließen könne.

Der Forderungskatalog geriet so umfangreich, daß den Amerikanern eine verbindliche Antwort bis jetzt schwerfällt. Der Bundesverteidigungsminister verlangt von der US Army nicht nur den Kauf von 180 deutschen Flak-Panzern „Gepard“ (Stückpreis: sechs Millionen Mark); er wünscht auch eine angemessene Beteiligung der deutschen Flugzeug- und Elektronikindustrie am Bau der 20 „fliegenden Feldherrnhügel“, die nach letzten Schätzungen pro Stück 250 Millionen Mark kosten sollen. Und „angemessen“ ist nach Apels Vorstellung ein deutscher Produktionsanteil von insgesamt 700 bis 800 Millionen Mark.

Den Einwand seines amerikanischen Kollegen, daß der deutsche „Gepard“ zwar gut, aber viel zu teuer sei, will Apel nicht gelten lassen: „AWACS ist ja auch nicht gerade billig.“ Die Deut-

Weise in der Nato offiziell an die Kaufzusage seines Vorgängers Georg Leber halten, andererseits aber immer darauf verweisen, daß die letzte Entscheidung beim Parlament liege.

Apels Eintreten für AWACS vor den Parlamentsgremien wirkte denn auch, so ein Mitglied des Verteidigungsausschusses, wie eine lästige Pflichtübung. Zu genau erinnerte sich der Minister an einen Brief, den er kurz vor Helmut Schmidts Regierungsumbildung als Finanzminister diktiert, aber nicht mehr unterschrieben hatte, und der ihn dann wenige Tage nach dem Wechsel auf der Hardthöhe mit der Unterschrift des neuen Haushaltsverwalters Hans Matthöfer erreichte. Kernpunkt des Apel-Matthöfer-Schreibens: Zusätzliches Geld für AWACS könne auf keinen Fall lockergemacht werden.

Der Apel von heute über den Apel von gestern: „Ich fand den Brief unverschämt. Das war vielleicht ein